

II-5069 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2550 IJ  
1992-03-04

ANFRAGE

der Abgeordneten Mrkvicka  
und Genossen  
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung  
betreffend Fernstudien

Die Europäische Gemeinschaft fordert und fördert im Rahmen einer verbesserten Qualität und Leistungsfähigkeit von Aus- und Weiterbildung den Ausbau der Einrichtungen für Fernunterricht und Fernstudien sowie eine europaweite Zusammenarbeit in diesem Bereich. Nachdem in Österreich Fernstudien besonders für strukturschwache und universitätsferne Regionen von Bedeutung sind, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung nachstehende

Anfrage:

1. Welche finanziellen und personellen Mittel werden während dieser Legislaturperiode jährlich für den Bereich "Fernstudien" zur Verfügung gestellt?
2. Auf welchen gesetzlichen Regelungen im Rahmen von UOG und AHStG basieren die Fernstudien und ihre Positionierung im österreichischen Hochschulsystem? Halten Sie diese gesetzliche Regelung für ausreichend?
3. Trifft es zu, daß das für die südlichen Landesteile Österreichs, insbesondere Osttirol und Obersteiermark, zuständige Fernstudienzentrum in Klagenfurt geschlossen und der im Vorarlberger Wissenschaftskonzept vorgesehene Ausbau der Fernstudien nicht realisiert wird?